



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

Teil II – Verordnungen

34. Jahrgang

Potsdam, den 24. Oktober 2023

Nummer 65

Neunte Verordnung zur Änderung der Grundschulverordnung

Vom 23. Oktober 2023

Auf Grund des § 19 Absatz 5 in Verbindung mit § 56 Satz 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. März 2014 (GVBl. I Nr. 14) geändert worden sind, verordnet der Minister für Bildung, Jugend und Sport:

Artikel 1

Änderung der Grundschulverordnung

Die Grundschulverordnung vom 2. August 2007 (GVBl. II S.190), die zuletzt durch die Verordnung vom 25. Juli 2018 (GVBl. II Nr. 48) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Wort „getroffen“ durch das Wort „entschieden“ ersetzt.
- b) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Beantragen Eltern für ihr Kind, das im Zeitraum vom 1. Juli bis zum 30. September sechs Jahre alt wird, eine Zurückstellung, weil sie erwarten, dass ihr Kind nicht mit Erfolg am Unterricht der ersten Jahrgangsstufe teilnehmen kann, soll den Angaben der Eltern maßgebliches Gewicht beigemessen werden.“

- c) In dem neuen Satz 4 werden nach dem Wort „Einschulungstermin“ die Wörter „durch die Eltern“ eingefügt.

Auffälligkeiten der emotionalen/sozialen Entwicklung

- Das Kind ist in der psychosozialen/emotionalen Reife entwicklungsverzögert.
 Das Kind befindet sich in entsprechender Behandlung.
 Es wird empfohlen, eine psychologische/kinder- und jugendpsychiatrische Diagnostik und Behandlung zu veranlassen.

Weitere Auffälligkeiten in folgenden Bereichen

- Ausdauer/Konzentration Aufgabenverständnis Mengenverständnis/Zählen
 Visuelle Wahrnehmung Auditive Wahrnehmung

- Das Kind erhält heilpädagogische Frühförderung.**

Befunde, die aus medizinischer Sicht zu Beeinträchtigungen des Kindes im Schulunterricht führen könnten:

Vor Aufnahme in die Jahrgangsstufe 1 wird aus schulärztlicher Sicht

- eine Beratung zwischen Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und Schule zum Förderbedarf des Kindes empfohlen.

Aus schulärztlicher Sicht

- bestehen keine Bedenken gegen die Aufnahme in die Schule.
 ist keine erneute schulärztliche Untersuchung im Fall einer Zurückstellung erforderlich.
 wird empfohlen, das Kind noch nicht in die Schule aufzunehmen.

Begründung für die Empfehlungen der Zurückstellung vom Schulbesuch:

Mir ist bekannt, dass die Vertreterin oder der Vertreter des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes sich mit der Schule zu den Ergebnissen der vorstehenden schulärztlichen Stellungnahme verständigt.

Im Auftrag

Ärztin/Arzt im KJGD

Kenntnisnahme der Eltern (Sorgeberechtigte)“.

Artikel 2**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 23. Oktober 2023

Der Minister für Bildung,
Jugend und Sport

Steffen Freiberg

Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg